

Drohnenabwehr in MV: Polizei reagiert auf steigende Bedrohungen

Mecklenburg-Vorpommern baut ein Drohnenabwehr-Zentrum, um kritische Infrastruktur vor zunehmenden Gefahren zu schützen.

Das Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern hat die Dringlichkeit einer neuen Initiative hervorgehoben, um eine „zunehmende Bedrohung“ durch Drohnen einzudämmen. Die Landespolizei beginnt mit der Implementierung eines neuartigen Systems, das die Erkennung und Abwehr von unbemannten Luftfahrzeugen fokussiert. In den letzten Monaten wurden Technologien zur Überwachung und Neutralisierung solcher Geräte beschafft, um die Gefahren, die sie darstellen, frühzeitig zu erkennen und im Krisenfall zu agieren.

Innenminister Christian Pegel (SPD) stellte am Montag klar, dass die Landessicherheit aufgrund der steigenden Zahl von Vorfällen mit Drohnen zunehmend gefährdet ist. Im Jahr 2023 zählte man landesweit 128 Drohnenvorfälle, während es 2022 nur 107 waren, was einen besorgniserregenden Anstieg verdeutlicht. Solche Ereignisse sind oft das Ergebnis von Hobby-Piloten, die selbstgebaute oder handelsübliche Drohnen nutzen, jedoch können diese Fluggeräte auch für schwerwiegendere Straftaten missbraucht werden.

Zugehörige Drohnenvorfälle und deren Folgen

Besonders in der Nähe kritischer Infrastruktur wird die Gefahr durch Drohnen real. Pegel wies darauf hin, dass es 2022 dreimal

und im folgenden Jahr bereits sechsmal zu Drohnenflügen über sensiblen Anlagen kam. Diese Vorfälle betrafen sämtlich die Anlandestation der Nord Stream AG in Lubmin. Ein eindeutiger Beweis dafür, dass man sich nicht nur mit den Harmlosen unter den Drohnenpiloten auseinandersetzen muss, sondern auch mit möglichen Gefahren, die aus diesen Aktivitäten resultieren können.

Das neu beschaffte Drohnenabwehrsystem wird es der Polizei ermöglichen, verdächtige oder gefährliche Drohnen rechtzeitig zu identifizieren und gegebenenfalls deren Funkverbindung zu stören oder sie zur Landung zu zwingen. Diese Maßnahmen sollen nicht nur das Sicherheitsgefühl der Bürger stärken, sondern auch eine präventive Strategie im Umgang mit möglichen Bedrohungen darstellen.

Bereits seit einigen Jahren setzt die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern Drohnen im eigenen Arbeitsfeld ein. Das Drohnenkompetenzzentrum des Landesbereitschaftspolizeiamtes spielt hierbei eine zentrale Rolle. Das Kompetenzzentrum koordiniert den Einsatz von Drohnen und die Schulung der auf der Polizeiseite engagierten Beamten. Aktuell betreibt die Landespolizei 17 Drohnen, die vielseitige Einsätze haben, darunter die Suche nach vermissten Personen oder die Überwachung öffentlicher Veranstaltungen wie Fußballspielen.

So wurden seit Jahresbeginn 2024 bereits 37 Einsätze durchgeführt, bei denen die Drohnen zusammen auf über 2.243 Flugminuten kamen. Minister Pegel hebt die Vielseitigkeit dieser Technik hervor, die nicht nur zur Verbrechensbekämpfung, sondern auch zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit dient.

Bundesweite Initiativen zur Drohnenabwehr

Die Landespolizei ist jedoch nicht allein: Auf bundesweiter Ebene wird die Zusammenarbeit im Bereich Drohnenabwehr

intensiviert. Baden-Württemberg hat bereits eine Koordinierungsstelle für Drohnen eingerichtet, um den Austausch zwischen den Bundesländern und dem Bund zu fördern. Dieses Netzwerk zielt darauf ab, dass Vorfälle mit Drohnen schnell und effizient bearbeitet werden können, wodurch möglicherweise auch zukünftige Bedrohungen besser eingedämmt werden können.

Die Entwicklungen in Mecklenburg-Vorpommern stehen somit auch im Kontext einer größeren nationalen Strategie gegen unbemannte Luftfahrzeuge, die sich nicht nur auf die Sicherheit von Infrastrukturen konzentriert, sondern auch auf die gleichzeitige Stärkung der Polizeikräfte in ganz Deutschland.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de